



Sylvia Bayram:
Globalisierung Macht Krise
Die jüngere Entwicklung
des Kapitals und Möglichkeiten
der Gegenwehr

142 Seiten, 20 Tabellen, br, **EUR 14,90**

Pahl-Rugenstein Verlag

ISBN 978-3-89144-414-6



Sylvia Bayram:
Globalisierung Macht Krise
Die jüngere Entwicklung
des Kapitals und Möglichkeiten
der Gegenwehr

142 Seiten, 20 Tabellen, br, **EUR 14,90**

Pahl-Rugenstein Verlag

ISBN 978-3-89144-414-6

Finanz- und Wirtschaftskrise! Wie eine Schockwelle dringt sie in unseren Alltag ein.

Dieses Buch hat nicht die aktuelle, vom Finanzkapital ausgehende Krise zum Thema und doch scheint es für diese Situation geschrieben worden zu sein.

Liest man diese kurze Geschichte der Globalisierung des Kapitals im Lichte der aktuellen Krise, so erscheint diese als logischer Endpunkt der Entwicklung der letzten 30 Jahre. Ob nun die Tequila-Krise 1994, die bis 2000 anhaltende Aktienhysterie oder der schwindelerregende Boom ab 2003 – das Buch stellt in kompakter Form die jüngere Entwicklung des Kapitals dar.

Diese Entwicklung mutet beinahe wie ein Krimi an. Man wundert sich, dass die durch die Globalisierung verschärften Ungleichgewichte zwischen Lohnarbeit und Kapital und den großen Wirtschaftsböcken sich erst jetzt mit dieser Wucht entladen haben.

Die Darstellung zeigt, dass Globalisierung des Kapitals und Krise eine Einheit bilden und: Das Gespenst der Weltwirtschaftskrise bleibt, auch wenn die heutige Krise »nur« in eine Rezession münden sollte.

Die Autorin gibt außerdem einen Überblick über die Schlussfolgerungen, die globalisierungskritische Wissenschaftler aus diesem Prozess ziehen und setzt sich mit Vertretern der gängigsten Thesen kritisch auseinander. Auf der Grundlage dieser Diskussion entwickelt sie eigene Schlussfolgerungen – ausgehend von der Interessenslage der Lohnabhängigen und einer konsequent kämpferischen Perspektive.

Sylvia Bayram (Jahrgang 1966) ist diplomierte Biochemikerin. Sie war in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv und setzt heute ihren politischen Schwerpunkt in der betrieblich/gewerkschaftlichen Bewegung. Sie ist u.a. aktiv in der LIDL-Kampagne und in ver.di.

Bestellungen:

Pahl-Rugenstein Verlag Breite Str. 47

53111 Bonn Tel. 0228-632306

Email: info@pahl-rugenstein.de

www.pahl-rugenstein.de

Finanz- und Wirtschaftskrise! Wie eine Schockwelle dringt sie in unseren Alltag ein.

Dieses Buch hat nicht die aktuelle, vom Finanzkapital ausgehende Krise zum Thema und doch scheint es für diese Situation geschrieben worden zu sein.

Liest man diese kurze Geschichte der Globalisierung des Kapitals im Lichte der aktuellen Krise, so erscheint diese als logischer Endpunkt der Entwicklung der letzten 30 Jahre. Ob nun die Tequila-Krise 1994, die bis 2000 anhaltende Aktienhysterie oder der schwindelerregende Boom ab 2003 – das Buch stellt in kompakter Form die jüngere Entwicklung des Kapitals dar.

Diese Entwicklung mutet beinahe wie ein Krimi an. Man wundert sich, dass die durch die Globalisierung verschärften Ungleichgewichte zwischen Lohnarbeit und Kapital und den großen Wirtschaftsböcken sich erst jetzt mit dieser Wucht entladen haben.

Die Darstellung zeigt, dass Globalisierung des Kapitals und Krise eine Einheit bilden und: Das Gespenst der Weltwirtschaftskrise bleibt, auch wenn die heutige Krise »nur« in eine Rezession münden sollte.

Die Autorin gibt außerdem einen Überblick über die Schlussfolgerungen, die globalisierungskritische Wissenschaftler aus diesem Prozess ziehen und setzt sich mit Vertretern der gängigsten Thesen kritisch auseinander. Auf der Grundlage dieser Diskussion entwickelt sie eigene Schlussfolgerungen – ausgehend von der Interessenslage der Lohnabhängigen und einer konsequent kämpferischen Perspektive.

Sylvia Bayram (Jahrgang 1966) ist diplomierte Biochemikerin. Sie war in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv und setzt heute ihren politischen Schwerpunkt in der betrieblich/gewerkschaftlichen Bewegung. Sie ist u.a. aktiv in der LIDL-Kampagne und in ver.di.

Bestellungen:

Pahl-Rugenstein Verlag Breite Str. 47

53111 Bonn Tel. 0228-632306

Email: info@pahl-rugenstein.de

www.pahl-rugenstein.de

3.2 Globalisierung, ausgebeutete Klasse und weitere Schlussfolgerungen

3.2.1 Der Kampf gegen die Auswirkungen der Globalisierung ist richtig – Globalisierung ist kein Phantom

Auch wenn im Zusammenhang mit der Globalisierung so viele unrealistische und falsche Ideen im Umlauf sind, kann die Globalisierung nicht abgetan oder heruntergespielt werden. Durch den Prozess der Globalisierung wurden die Widersprüche des modernen Kapitalismus noch weiter zugespitzt, siehe z.B. die extreme weltweite Ungleichheit, die sich vor allem in der wachsenden Zahl der Hungernden und der Menschen ohne Zugang zu genießbarem Wasser äußert.

Einerseits zeigen sich immer heftigere Probleme wie Naturzerstörung, katastrophale Wohnbedingungen, krankmachende Arbeitsbedingungen etc. pp., andererseits gibt es jedoch immer größere Möglichkeiten, diese Probleme aufgrund des ungeheuren technischen Fortschritts zu lösen. Trotzdem sehen wir die unglaubliche Unverfrorenheit, mit der die Regierenden in den verschiedensten Ländern diese Probleme immer weiter anwachsen lassen und die Arroganz der Macht, mit der sie die Interessen ein kleiner Minderheit durchsetzen. Durch die Globalisierung wurden diesen schreienden Widersprüche sehr deutlich. Die kleine Anzahl der Menschen, die die Gewinner der Globalisierung sind, benutzt natürlich ihre ungeheure Machtfülle, um noch lauter zu verkünden: »Die Globalisierung ist wie eine Naturgewalt; es gilt umso so mehr die Devise: ›Don't beat the system, play it!‹ – Nicht gegen das System vorgehen, sondern nach dessen Regeln spielen!« Gehört man nun gerade nicht zu den oberen Zehntausend Kapitalbesitzern und folgt dieser Devise, wird sich für einen selbst eben nach den Regeln dieses Spiels höchstwahrscheinlich gar nichts ändern: Man arbeitet hart – wenn man denn eine Arbeit hat –, ruiniert seine Gesundheit, hat trotzdem wenig Geld und die Früchte der eigenen Arbeit genießen andere.

Da auf der einen Seite der Reichtum immer unermesslicher wird und auf der anderen Seite die offensichtlich lösbaren Probleme nicht gelöst werden, da uns stattdessen in immer stärkerem Maße »Lösungen« wie Rassismus, Nationalismus oder Faschismus angeboten werden, gibt es immer mehr Menschen, die sich gegen die Globalisierung wehren: die sogenannten Globalisierungsgegner. Und diese Gegenwehr ist mehr als notwendig und gerecht! Denn warum sollten wir den Kakao, durch den man uns zieht, auch noch trinken? Warum sollen wir diesem offensichtlichen Märchen Glauben schenken, dass die Globalisierung wie eine Naturgewalt wie ein Tsunami ist?

Die Globalisierung ist das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse und die sind nicht durch Gott gegeben, sondern von Menschen gemacht. Warum sollten sie also nicht auch durch Menschen verändert werden? Ist das Spiel der Globalisierung nicht allzu durchsichtig? Gestern sagt der Konzern X, die Beschäftigten in Deutschland sind zu teuer, wir gehen nach Bulgarien oder nach Brasilien, morgen sagt der gleiche Konzern, die Beschäftigten in Bulgarien und Brasilien sind zu teuer, wir gehen nach Indonesien oder nach Usbekistan. Sollen wir dazu wirklich einfach Ja sagen? Sollen wir also zu Hungerlöhnen unsererseits sowie zu der Profitexplosion für die Kapitalbesitzer und den Millionengehältern »unserer« Konzernchefs auch noch Ja sagen? Dazu sind viele zu Recht nicht bereit. Sie tragen ihren Protest zu den weltweiten Gipfeltreffen, ob nun in Mumbai, Seattle oder Genua! Denn dort sitzen sie ja, die wirklich Mächtigen dieser Erde, stecken ihre Köpfe zusammen, um die Welt in ihrem Sinne noch besser zu managen. Wir wissen aus Erfahrung, das heißt für uns nichts Gutes. Sie dort nicht in Ruhe zu lassen, sondern unseren lautstarken Widerspruch dorthin zu tragen, ist und bleibt richtig!

Entscheidend dabei ist, wie wir gegen die Globalisierung kämpfen!

3.2.2 Es gibt kein Zurück in die Nachkriegszeit – die kapitalistische Normalität kommt mit voller Kraft wieder

Die Frage ist allerdings, mit welchen Zielsetzungen, mit welchen Vorstellungen wir unseren Protest auf die Straße tragen? Was wollen wir erreichen, was können wir erreichen. Da liegt der »Hase im Pfeffer«, denn es kursieren viele falsche Vorstellungen über das Wesen der Globalisierung in den Köpfen der Kritiker.

Die Hauptlinie innerhalb der fortschrittlichen Globalisierungsliteratur ist, die Globalisierung aus ihrer historischen Kontinuität herauszulösen, indem ihr im Vergleich zu der Zeit davor eine »neue Qualität« zugesprochen wird. Was nun jeweils an der Globalisierung die »neue Qualität« ist, wird durchaus unterschiedlich gesehen, aber in den Schlussfolgerungen daraus sind sich praktisch alle einig. Eben weil durch die Globalisierung eine neue Ära des Kapitalismus, eine neue Zeit angebrochen sei, sei alles jetzt ganz anders und nichts mehr wie zuvor. So wird dann geschlussfolgert, dass in dieser neuen Ära eine falsche und schädliche politische Entwicklungsrichtung eingeschlagen worden sei; die vier Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg seien sicherlich nicht perfekt, aber deutlich besser gewesen. In dieser Zeit sei der Kapitalismus ein durchaus mit starken Fehlern behaftetes System gewesen, aber *im Vergleich zu der neuen Qualität von heute*, ein besserer, für den es sich angesichts der heutigen düsteren Zeiten einzusetzen lohne. Das ist die Grundaussage der überwiegenden Globalisierungsliteratur, so unterschiedlich die Schattierungen auch sind.

So beispielsweise Winfried Wolfs Schlussfolgerungen, so richtig auch viele seiner Argumente innerhalb der Globalisierungsliteratur sind:

„Jörg Huffschild hat seine Analyse des Fusionsfiebers zu Recht in diesen Zusammenhang gestellt und bilanziert: ›(...) Es geht dabei um die *Rückkehr* zu einem *Kapitalismus*, der nicht nur in der Hauptsache, sondern ausschließlich durch die Interessen der Eigentümer gesteuert wird. Insofern ist er ein *neues Programm* und in der Tat eine *Kampfansage* an einen *reformpolitisch gezähmten Kapitalismus*. Es handelt sich darum, alles, aber auch alles, was nicht dem privaten Eigentum und der Mehrung des privaten Eigentums dient, rigoros zu beseitigen. Und da hat sich in den vergangenen hundert Jahren unter dem Druck der Arbeiterbewegung und demokratischer Kräfte so einiges angesammelt, was die ausschließliche Geltung der Eigentümerinteressen stört und beschränkt.«

Diese *Einsicht* ist *gegenwärtig noch* eine *minoritäre*.« (»Fusionsfieber«, S. 250, Hervorhebungen von mir)

In dieser Textstelle wird gesagt, dass der heutige »Turbokapitalismus« ein neues Programm, eine neue Politik ist, die eine Kampfansage an den alten »reformpolitisch gezähmten« Kapitalismus darstellt.

Richtig ist, dass die vier Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Gesamtgeschichte des Kapitalismus insofern hervorstechen, als während dieser Zeit eine relative Stabilität des Kapitalismus herrschte. Ein Beispiel dieser relativen Stabilität ist, dass es zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus tatsächlich Länder gab, in denen die Masse der Bevölkerung nicht im Elend oder in sehr starker Armut lebte, sondern in einem bescheidenen »Wohlstand«. Aber auch dort galt dies nicht durchgehend. So konnte in bestimmten Regionen dieser Länder bei größeren Teilen der Bevölkerung z.B. in Süditalien oder in den USA nicht von einem bescheidenen Wohlstand die Rede sein, sondern von starker Armut oder sogar von Elend. Die Stabilität dieser Zeit war auch insofern relativ, da weltweit betrachtet auch in dieser Zeit nur eine kleine Minderheit der Menschheit diesen bescheidenen »Wohlstand« genießen konnte; der größere Teil der Weltbevölkerung lebte im Elend oder bestenfalls in sehr großer Armut.

Andere Merkmale der relativen Stabilität in dieser Zeit sind die Abwesenheit größerer Weltwirtschaftskrisen und die relativ geringe Wahrscheinlichkeit eines dritten Weltkriegs – abgesehen von einigen »Momenten« der Geschichte wie z.B. der sogenannten Kubakrise. Diese Zeit war jedoch ebenso gekennzeichnet durch furchtbare Kriege, durch die Unterstützung einer langen Reihe faschistischer Regime, wo immer die Handvoll mächtigster Staaten dies für notwendig hielt. Sie war gekennzeichnet durch eine gigantische, ungehemmte Naturzerstörung, wann immer es für die Interessen der Konzerne notwendig wur-

de etc. Die stärksten Staaten der Erde sorgten auch immer fleißig dafür, das weltweite System der Abhängigkeit von ihnen aufrechtzuerhalten.

Diese Phase *im Weltmaßstab* als »reformpolitisch gezähmt« anzusehen ist daher nicht zutreffend.

Des Weiteren sind die Ergebnisse der Globalisierung nicht die Folge dieser oder jener Politik. Der Motor, die Triebkraft der Globalisierung ist *nicht* ein Politikwechsel, vorher die richtige reformpolitische Politik, die den Kapitalismus bändigen konnte, nachher eine falsche Politik, die den Kapitalismus nicht mehr zähmen konnte, ihn aus dem Ruder laufen ließ, ihn nicht mehr stabil halten konnte. Die Unmenge an Fakten, Beobachtungen, Analysen in der Globalisierungsliteratur zeigen in eine eindeutig andere Richtung: Der Kapitalismus hat sich aus sich heraus – basierend auf seinen *ökonomischen* Gegebenheiten - in diese Richtung entwickelt; die Globalisierung ist eine Phase, die sich gesetzmäßig aus den davorliegenden Phasen herausgebildet hat. Es ist daher nicht möglich, zu den früheren Phasen zurückzukehren.

Auch wenn es nicht möglich ist, zu einer früheren – sagen wir hier z. B. zu einer »reformpolitisch gezähmten« - Phase des Kapitalismus zurückzukehren, heißt dies nicht, dass die reformpolitisch »un«gezähmte Phase des Kapitalismus keine politische Tendenzen, politische Bewegungen auf den Plan ruft, die von der früheren Phase (zum Teil) profitiert hatten und die von der Wiederkehr derselben träumen.

Genauso wie der Handwerker oder der kleine Bauer in der Phase des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus von besseren Zeiten im Feudalismus träumten und zu diesem Zweck versuchten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, gehören auch in der Phase des Turbokapitalismus viele bis jetzt als privilegiert geltende Schichten der »reformpolitisch gezähmten« kapitalistischen Gesellschaft, wie z. B. die technische und wissenschaftliche Intelligenz, bestimmte Gruppen von Facharbeitern usw. zu den Verlierern der reformpolitisch »un«gezähmten Phase des Kapitalismus. Ihre soziale Lage ist deutlich unsicherer geworden, der Abstieg in das selbst in Zeiten von Hochkonjunktur große Heer der Arbeitslosen steht ihnen zunehmend drohend vor Augen. Sie können und wollen sich damit nicht abfinden und versuchen ihren verlorenen besseren Platz in der Gesellschaft wiederzuerlangen.

Diese Schichten haben mit der Macht des Kapitals kein grundsätzliches Problem, sondern sie wenden sich *nur gegen die zerstörerischen Tendenzen der neuen Phase* des Kapitalismus. Die Folgen des Kapitalismus als Ganzes sind bei ihnen nicht im Blickfeld und daher zielt ihr Alternativprogramm ausschließlich auf eine »Gegenwehr«: Für den Erhalt der Arbeitsplätze, für den »Sozialstaat«.

Insbesondere wenn Winfried Wolf sagt, dass »diese Einsicht gegenwärtig noch eine minoritäre ist«, dann ruft er dazu auf, einem solchem Alternativprogramm zu einer mehrheitlichen Ansicht zu verhelfen. „Diejenigen, die für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, den Schutz der Umwelt und die Abwehr von Militarismus und Krieg eintreten«, sagt Winfried Wolf und fährt fort »müssen die zerstörerischen Tendenzen der Kapitalkonzentration benennen und bekämpfen. Allein schon ein rein gewerkschaftliches Engagement für den Erhalt der Arbeitsplätze erfordert eine solche Parteinahme. Bereits die pure Verteidigung dessen, was unter ›Sozialstaat‹ verstanden wird, legt eine kritische Bilanz des Fusionsfiebers nahe. Wer Hunger und Armut in der ›Dritten Welt‹ bekämpfen will, muss den Zusammenhang erkennen, der zwischen diesem Elend und der Kapitalkonzentration im allgemeinen und den Tätigkeiten der großen Konzerne des Agrobusiness im besonderen besteht.

Auch ein aufgeklärtes, bürgerliches Selbstverständnis, zu dessen Bestandteilen bisher Sozialversicherung, staatliche Infrastrukturvorsorge, allgemeiner Zugang zu Ausbildung und Bildung gehörten, erfordert ein Engagement gegen Privatisierungen und gegen das Fusionsfieber. Ebenso legen das christliche Bekenntnis und der Bezug von Parteien auf das Christentum ein Engagement gegen das Fusionsfieber und damit gegen die Konzentration immer größerer Macht in immer weniger Händen nahe.« (»Fusionsfieber«, S. 247-248, Hervorhebungen von mir)

Wenn die Alternative nicht über den real existierenden Kapitalismus hinaus geht, sondern auf die »Gegenwehr« und den »Widerstand« gegen die zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus beschränkt bleibt, dann kann daraus eine entsprechende Bündnispolitik entwickelt werden: Deren Grundlage und Bindeglied stellen den Turbokapitalismus zähmende Reformen dar. Diese Art von Reformen fordern dann Gewerkschaftsfunktionäre, die nur die Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft verbessern wollen und Vertreter der kleinbürgerlichen Bildungsschicht, die eine kapitalistische Globalisierung ohne Hunger und Elend, einen kapitalistischen Staat mit »sozialem Antlitz« wollen. Dies reicht dann bis hin zu den christlichen Sozial-Konservativen, die dem Untergang geweihten Kleinhändlern, Kleinbauern und Handwerkern usw. das göttliche Paradies unter dem Sozialstaat predigen. Angesichts der großen Krise, die die Welt jetzt erlebt, werden die Tendenzen und Kräfte immer stärker und populärer, die Forderungen, den aggressiven Neoliberalismus zu zähmen, als Alternative formulieren. Sie werden dadurch aber nicht richtiger. (weniger illusionär, denn ein Zurück zu einem relativ stabilen Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte wird es nicht geben.)

Diese Nicht-Anerkennung der gesetzmäßigen Entwicklung des Prozesses der Globalisierung ist aber die Hauptlinie innerhalb der Globalisierungsliteratur,

wenn es um die politischen Schlussfolgerungen geht. Nachdem faktenreich geschildert wurde, wie die Globalisierung gar wie in einem ökonomischen Showdown – offen, gradlinig, nach klaren Gesetzmäßigkeiten ablaufend – sich vollzogen hat und noch vollzieht, wird dies bei den Schlussfolgerungen kurzerhand beiseitegeschoben.

»Es handelt sich zwar *einerseits* um Prozesse, die aus der *inneren Logik des Kapitals* erfolgen. *Andererseits* sind es *keine objektiv notwendigen* und schon gar nicht *unaufhaltsamen Prozesse* der Kapitalentwicklung. Diese Prozesse der Kapitalkonzentration sind nicht durch die stoffliche Beschaffenheit der Fertigung und Dienstleistungen bedingt. Vielmehr betreiben diejenigen, die von dem Fusionsfieber direkt und indirekt – durch eine Zunahme der Einkommen und vor allem durch die Zunahme an Macht und Einfluss – profitieren, die Kapitalkonzentration. Scheitern entsprechende Projekte oder werden sie verhindert, dann dreht sich die Welt im gleichen Rhythmus weiter. Geändert hätte sich lediglich, dass es ›unten‹ einige Jobs mehr und ›oben‹ einigen Einfluss weniger gibt.« (»Fusionsfieber«, S. 246/247, Hervorhebungen von mir.)

Hier wird also behauptet, Fusionen während der Globalisierung seien keine objektiv notwendigen Prozesse mehr (davor schon!), sondern fänden statt, weil die Profiteure des Fusionsfiebers sich davon eine Zunahme ihrer Einkommen und/oder eine Zunahme an Macht und Einfluss versprechen. Ob Fusionen stattfinden oder nicht, liegt in der Hand der Unternehmenschefs, hängt im Wesentlichen von ihrem Willen ab. Und sie wollen Fusionen, weil sie gierig nach mehr Einkommen, nach mehr Einfluss, nach mehr Macht sind. Wenn wir ihnen durch richtig organisierte Gegenwehr genügend Druck machen, dann wird das Fusionsfieber nicht weitergehen und die Unternehmenschefs haben eben ein paar Euros weniger in der Tasche und wir ein paar mehr.

In dieser Argumentation werden die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten ausgeblendet. Natürlich gibt es die *Gier* nach Macht und Geld bei den *Unternehmenschefs*, aber diese Gier ist *nicht* die *Triebkraft der Globalisierung*, sondern nur *Ausdruck* der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten. Sie müssen gierig sein, sie sind selbst Getriebene, »ein Kapitalist schlägt den anderen tot«, schrieb schon Marx. Fressen oder Gefressenwerden, das sind knallharte Gesetze des Kapitalismus und dies ist nicht der Geld- oder Machtgeilheit der Unternehmer geschuldet.

Die gleiche Logik bei der folgenden Textstelle:

»In Frankreich kam es im Juli 2000 zu einem militanten Streik in dem Ardenenstädtchen Givet, als dort die Textilfabrik Cellatex geschlossen werden sollte. (...)

Bei all diesen Aktionen der Gegenwehr stellte sich heraus: Der Gegner ist ausmachbar (...) Die Frage von Erfolg und Misserfolg ist, wie seit Jahrhunder-

ten, eine Frage der Kräfteverhältnisse. Eine *Frage des Geldes* stellt sich in diesen Auseinandersetzungen *in den wenigsten Fällen*. Die Gewinne in den Unternehmen sind *in fast allen hochindustrialisierten Staaten* – Japan ausgenommen – *so hoch* wie seit langem nicht mehr; sie stiegen meist seit mehr als fünf Jahren. Die »Kriegskassen« der großen Konzerne und Banken sind *prall gefüllt* – zum Zwecke neuer Unternehmensübernahmen.« (»Fusionsfieber«, S. 260/261, Hervorhebungen von mir)

Aus der Tatsache, dass die Kassen der großen Konzerne und Banken in fast allen hochindustrialisierten Ländern prall gefüllt sind, folgert Winfried Wolf, dass sich die Frage des Geldes nicht stelle. Auch hier wieder hebt er die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten aus und reduziert z.B. die Frage der Schließung einer Fabrik darauf, dass es doch in der Hand des Kapitalisten läge, die Fabrik offen zu halten, denn Geld sei ja genug da. Wenn der Unternehmer nur *wolle*, könnte er ein Teil der hohen Gewinne an die Beschäftigten geben, aber er will eben nicht und *das* sei das Problem. Aber der noch härtere, noch erbarmungslosere, immer mehr an Krieg erinnernde Kampf der Konzerne untereinander, den wir während der Globalisierung erleben durften und dürfen, ist keine Frage von Personen und ihrem Willen, sondern von kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten. Der Kapitalist schließt die Fabrik, weil er sich an die Gesetze des Kapitalismus zu halten hat – bei Strafe des Untergangs.

Das heißt nicht, dass wir keine Gegenwehr gegen die Auswirkungen der Globalisierung organisieren könnten. Im Gegenteil! Wir können und müssen Gegenwehr organisieren! Und natürlich müssen wir uns für Reformen einsetzen und sie auch durchsetzen!

So muss beispielsweise darüber diskutiert werden, welche Maßnahmen zur Einschränkung der Macht des Kapitals richtig sind. Möglichkeiten gibt es dort viele. Eine mögliche Forderung ist die nach einer höheren Besteuerung des Finanzkapitals, ob es nun um dem Verkauf von Aktienbeteiligungen geht, um die Ausschüttung von Dividenden oder um die Versteuerung von Derivatgewinnen. So gibt es auch die bekannte Forderung des US-Ökonomen Tobin nach einer Umsatzsteuer auf den Devisenhandel und auf Euro-Kredite an nichteuropäische Banken (Tobin-Steuer). Man könnte auch generell fordern, eine Steuer dafür anzusetzen, wenn Kapital das Land verlässt, insbesondere im Zusammenhang mit einer gesetzlichen Offenlegung der Gründe, warum ein Unternehmen eine Fertigungsstätte im Land dicht machen und in einem anderen Land wieder errichten will. Wenn das Unternehmen angäbe, dass es Kosten reduzieren wolle, weil die Löhne und Gehälter in dem anderen Land geringer seien, dann könnte eine Steuer auf das ins Ausland investierte »produktive« Kapital per Gesetz festgelegt werden. Oder einem Unternehmen, das eine bestimmte

Höhe an staatlichen Subventionen zum Aufbau einer Fertigungsstätte im Land erhalten hat, beispielsweise für eine bestimmte Frist gesetzlich zu untersagen, irgendeine Fertigungsstätte aus diesem Land zu verlagern.

Die Frage ist hier, wie wir mit diesen und anderen Forderungen nach Reformen umgehen, wie wir sie in den gesellschaftlichen Rahmen einordnen. Zu denken, wenn diese Forderungen durchgesetzt wären, könnten wir damit wieder – auch nur annähernd – zu dem Zustand vor der Globalisierung zurückkehren, ist eine Illusion. Wenn wir richtig gesetzte Forderungen nach Reformen aufstellen, wenn wir unseren Widerstand in den Betrieben, auf der Straße gut organisieren, dann können wir vieles verhindern; wir können Betriebsverlagerungen verhindern, wir können einen Krieg verhindern und vieles mehr. Aber zu behaupten, wir könnten diesen Prozess als Ganzes aufhalten, wir hätten das Fusionsfieber als Ganzes aufhalten können, wenn wir nur richtig aufgestellt gewesen wären, bedeutet, die Anti-Globalisierungsbewegung auf illusionäre Wunschformeln auszurichten.

Und der beste Beweis ist die weitere Zukunftsperspektive, auf die wir blicken. Der Prozess der Globalisierung war erst der Anfang, der Anfang eines langen Weges. Die vier Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren die längste Periode der relativen Stabilität in der Geschichte des Kapitalismus. Entsprechend riesig ist der Appetit des Kapitals, dies wieder wettzumachen und »endlich« wieder zur Normalität zurückkehren zu können. Und die Belegschaften, die Beschäftigten in den fortgeschrittenen Industrieländern, beginnen erst langsam aufzuwachen und haben noch lange nicht ihre Hoffnungen abgelegt: Wenn ich fleißig ein Leben lang arbeite, dann wird mir doch hoffentlich nichts passieren. So denken noch viele.

Die Zukunftsperspektive ist, dass nach dem Ende der relativen Phase der Stabilität das Kapital und der Staat als ideeller Gesamtkapitalist unsere sozialen und bürgerlichen Rechte Stück für Stück reduziert haben und weiter reduzieren werden, erbarmungslos, gnadenlos. Sie werden keinen Stein mehr auf dem anderen lassen, weil der verschärfte weltweite Kampf untereinander sie dazu zwingen wird.

»Wir stehen heute nicht vor Faschismus und Weltkrieg. Was wir mit der Kapitalkonzentration, mit den spekulativen Entwicklungen und wachsenden Krisentendenzen, mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz, mit dem offenen Auftreten von Rassismus und mit der neuen faschistischen Formierung erleben, weist jedoch bestürzende Parallelen zur Zeit Ende der zwanziger Jahre auf. (...)

Die Entwicklung von nur *einer* militärischen Weltmacht, die Kriege als legitimes Mittel der Politik betrachtet, hin zu zwei der gar drei politischen Blöcken,

die sich zu einem solchen militärischen Interventionismus bekennen, hat nichts Fortschrittliches an sich. Eine ›Bipolarität‹ der Welt – USA und EU – ist in dieser Hinsicht nicht vorteilhafter als die seit 1990 zunächst weitgehend bestehende ›Unipolarität‹. Sie führt vielmehr zu einem wechselseitigen Prozess des Hochrüstens und erhöht die Gefahr immer größerer Kriege. Von daher ist eine konsequente Kritik des Militarismus in den USA *und* in der EU erforderlich...« (»Fusionsfieber«, S. 248/249)

Und in der »Globalisierungsfalle« wird in Hinblick auf die »Markt-Utopisten, die der Neuen Rechten den Weg bahnen« abschließend gesagt: »Einer der kritischen Ökonomen Amerikas, Ethan Kapstein, Direktor des Washingtoner Council on Foreign Relations, formulierte, um wie viel es in Wahrheit geht: ›Die Welt‹, so schrieb Kapstein im Mai 1996, ›steuert unerbittlich auf einen dieser tragischen Momente zu, der künftige Historiker fragen lassen wird, warum wurde nicht rechtzeitig etwas unternommen...‹ Für die Bürger des alten Kontinents bedeutet das, sie müssen entscheiden, welche der beiden mächtigen Strömungen des europäischen Erbes die Zukunft gestalten wird: die demokratische, die auf das Paris des Jahres 1789 zurückgeht, oder die totalitäre, die im Berlin des Jahres 1933 siegte.« (»Globalisierungsfalle«, S. 328)

Diese Einschätzungen sind keine Panikmache, sondern die wahrscheinliche Perspektive der Zukunft. Die Entwicklung, dass die USA durch die Globalisierung ihre Position als unangefochtene Nr. 1 im weltweiten Kampf der Ökonomien verlieren werden, ist eine sehr entscheidende. Noch sind die USA mit deutlichen Abstand die Nr. 1 auf der Welt, aber Japan, Deutschland und Frankreich mittels der EU und vor allem China machen heftig an Boden gut. Insbesondere diese Mächte machen den USA mit ganz neuem Selbstbewusstsein diese Position streitig – ökonomisch, politisch, militärisch. Japan und Deutschland sind auch das erste Mal mehr oder minder frei von den Fesseln der Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges. Deutschland hat sich im noch andauernden Irakkrieg das erste Mal nach dem Zweiten Weltkrieg politisch offen gegen die USA gestellt und das, obwohl Deutschland bisher *immer* die Rolle des treuerhizigen Vasallen der USA gespielt hat. Das alles zeigt, dass zwar tatsächlich noch kein Weltkrieg bevorsteht, dass aber die größten Mächte der Welt zunehmend offen politisch gegeneinander in Stellung geraten. Die bisherigen Ergebnisse der Globalisierung setzen die Frage nach der Möglichkeit eines Weltkrieges verstärkt auf die Tagesordnung. Die neuen furchtbaren Kriege – Jugoslawien, Irak und Afghanistan – sind Vorboten einer neuen Zeit: Bushs Schlachtruf »Die Zeit einer neuen Weltordnung« verkehrt sich düster in sein Gegenteil: Zeiten einer neuen Weltunordnung stehen uns bevor.

Und die Rolle Deutschlands im jüngsten Irakkrieg war eine äußerst trügerische. Weil die deutschen ökonomischen Interessen im Irak – im Übrigen genauso wie die russischen und chinesischen Interessen – sehr gut gewahrt waren, hat sich Deutschland gegenüber den USA als Friedensmacht präsentiert. Beim nächsten großen Krieg, bei dem Deutschland durch Krieg sich »verbessern« kann, wird Deutschland dabei sein. In Zukunft werden also weitere mächtige Staaten bei Kriegen wesentlich deutlicher mitreden, traditionell Frankreich und Großbritannien, nun aber auch Deutschland und Japan sowie China, Indien und Russland... Das aber bedeutet eine Verschärfung der Konkurrenz und der Gesamtsituation.

Angesichts dieser Perspektive, ist es umso trügerischer, sich in der Illusion zu wiegen, man könne zurück, man müsse doch dafür »nur« zu der alten Politik zurückfinden. Es lässt eine falsche Vorstellung von Geschichte erkennen, eine Vorstellung, die meint, die mächtigen gesellschaftlichen Ströme einfach willentlich umlenken zu können. Dies ist eine voluntaristische Herangehensweise, ausgehend von den eigenen Wünschen und nicht von den ökonomischen Gegebenheiten, die in ihren Gesetzmäßigkeiten ebenso streng und unerbittlich sind wie die Gesetze der Natur. (Bei denen es in der Regel viel weniger Probleme gibt, sie anzuerkennen, da sie nicht so verwickelt sind wie die der menschlichen Gesellschaft.)

In diesem Sinne gibt es ein »Rad der Geschichte«, und zu denken, man könne dort hinein »einfach« einen Stock stecken und es anhalten, ohne sich um die Gesetzmäßigkeiten zu scheren, ist naiv, gerade auch weil wir gerade erleben, mit welcher mächtigen Wucht die Globalisierungsprozesse sich entwickeln. Wenn Winfried Wolf schreibt: »Scheitern entsprechende Projekte (wie Fusionen, S.B..) oder werden sie verhindert, dann dreht sich die Welt im gleichen Rhythmus weiter. Geändert hätte sich lediglich, dass es ›unten‹ einige Jobs mehr und ›oben‹ einigen Einfluss weniger gibt«, dann rutscht er – ohne es zu wollen – in die Position eines Bittstellers hinab. Ist das heute alles, was wir uns erträumen? Kann man dies überhaupt noch Träume nennen? Soll sich eine sich der Kapitallogik widersetzende Richtung in ihren Zielsetzungen nicht mehr an kühnen Möglichkeiten orientieren, für die sie allerdings kämpfen muss, sondern an dem, was jeweils ist? Ist dies nicht eine Position, die den Konzernen und Banken von vornherein den Löwenanteil am Kuchen überlässt und für uns nur noch die Krumen fordert? Und während die Wellen der Globalisierung hoch über uns zusammenschlagen, während die großen Konzerne in zwar brutaler Art, aber in dieser Art kühn, konsequent und mit ganzer Kraft ihre Pläne vorantreiben, nimmt Winfried Wolf eine Haltung ein, die den alten Zeiten hinterhertrauert und sich dann auch noch darauf beschränkt, nur noch Teile der alten

Welt hinüberretten zu wollen. Können wir uns angesichts der gewaltig anschwellenden Machtfülle auf der Kapitaleseite und den gewaltig anschwellenden Problemen auf der Seite der Arbeit tatsächlich darauf beschränken, zu fordern, dass »es ›unten‹ einige Jobs mehr und ›oben‹ einigen Einfluss weniger gibt«?

Die gesamte Geschichte des Kapitalismus zeigt, dass der »außer Kontrolle geratene« Kapitalismus kapitalistischer Normalzustand ist. Dies sind nun einmal die Erfahrungen, die mit den Kapitalismus gemacht worden sind. Natürlich kann man dies dann Wildwestkapitalismus, Turbokapitalismus, Heuschreckenkapitalismus oder Raubtierkapitalismus nennen. Wenn man jedoch meint, man könnte diesen Kapitalismus zähmen, so wie man Raubtiere zähmt, oder meint, bei uns würde nie und nimmer der Wildwestkapitalismus kommen, weil wir schließlich hier in Deutschland und nicht in den USA leben, wenn wir meinen, wir bräuchten nur die Heuschreckenplage zu verscheuchen, um einen gereinigten, gebändigten, einigermaßen erträglichen Kapitalismus wiederzuerlangen, dann liegen wir falsch. Denn das, was im Prozess der Globalisierung gerade passiert, ist gerade das Gegenteil: die Rückkehr des Kapitalismus von einer Phase mit bestimmten Besonderheiten zur Normalität.

Auch in anderer Hinsicht muss die Frage gestellt werden, was – ausgehend von der Seite der Arbeit – die Aufgabe ist. Gehen wir einmal davon aus, international agierendes Kapital sei erst in der Globalisierung entstanden. Unabhängig davon, ob es möglich ist, Kapital wieder zu entflechten, wäre es überhaupt wünschenswert, nationale Monopole zu fordern? Sich also für eine »Renationalisierung« von Kapital einzusetzen? Angenommen, die großen Konzerne fühlten sich tatsächlich keinem Staat mehr »verpflichtet«, soll sich die Anti-Globalisierungsbewegung nun dafür einsetzen, dass die Konzerne und der Staat wieder zusammenkommen? Ohne es zu wollen, würden wir damit in ein gefährliches nationalistisches Fahrwasser geraten. Ob nun im Interesse deutschen oder »transnationalen« Kapitals Entlassungen durchgeführt werden, unsere Interessen zu verteidigen heißt, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

Was sollen, was können wir vom Staat einfordern? Winfried Wolf gibt folgende Antwort: »Was sind die Ursachen für dieses *Versagen der ›Systeme‹*? (...) Sind die *Regierungen* und *Nationalstaaten* tatsächlich *so hilflos, wie sie sich geben*? Sind die *Gesellschaften*, die offensichtlich *zunehmend wirtschaftlichen Zwängen unterworfen* werden, objektiv und unwiderruflich *hilflos* – oder werden *sie hilflos gemacht* und wird uns eingeredet, *Gegenwehr und Widerstand seien aussichtslos?*« (»Fusionsfieber«, S. 105, Hervorhebungen von mir)

»Beides ist erforderlich: Das *Ausnutzen des staatlichen Terrains* – mit entsprechender Einflussnahme *auf Regierungen* und *Parteien* – und ein Prozess wachsender Information, Debatten und Koordination auf internationaler Ebene. Ge-

rade angesichts der ständig ausgebauten internationalen Arbeitsteilung ist die Vernetzung des Widerstands auf internationaler Ebene oft eine unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Gegenwehr.« (»Fusionsfieber«, S. 262, Hervorhebungen von mir)

Was wird damit ausgesagt? Die Systeme versagen zur Zeit, weil die Gesellschaften zunehmend wirtschaftlichen Zwängen unterworfen werden, sprich den Zwängen des Kapitals. Die Regierungen und Staaten geben sich hilflos, sind es aber nicht und wenn die Gesellschaften – also die Bevölkerung und die Staaten – sich nicht länger – von den Unternehmern – einreden lassen, dass sie hilflos seien, dann kann durch die Gegenwehr der Bevölkerung und die Einflussnahme auf Regierungen und Parteien – also auf den Staat – ein durch staatliche Maßnahmen reformpolitisch gebändigter Kapitalismus erreicht werden. Winfried Wolf verspricht sich also letztlich eine Rückkehr zum Zustand vor der Globalisierung vom Staat – angeschoben und befeuert durch die Gegenwehr der Bevölkerung. Damit aber verkennt er die Rolle des Staates. Die Rolle des Staates ist es, bestimmte Gesamtinteressen der Unternehmer durchzusetzen, wozu sie als einzelne Unternehmer nicht in der Lage sind. Der Staat nicht als Handlanger oder Befehlsempfänger der Unternehmer, sondern als »ideeller Gesamtkapitalist« vertritt die Interessen des Kapitals.

Der Kapitalismus entwickelt sich heute jedoch zunehmend zum Raubtierkapitalismus, der, wie wir gesehen haben, der Normalzustand des Kapitalismus ist. Diese objektive Entwicklung die sich unabhängig von dem Willen Einzelner, selbst unabhängig von dem Willen der Unternehmer vollzogen hat und weiter vollziehen wird – bietet den Unternehmern viel größere Möglichkeiten, ihre Interessen in härterer und offenerer Gangart zu verfolgen. Und genau so und nicht anders wird sich der Staat heute auch verhalten. Er moderiert und steuert – im Sinne von austarieren, nicht im Sinne von kontrollieren – die Gesamtinteressen der Unternehmer. Insofern ist die Tatsache, dass der deutsche Staat sich gegenüber Erwerbslosen heute so unbarmherzig, hart und brutal verhält, wo er sich früher doch so »sozial« und »nachgiebig« verhalten hat, nicht die Folge dieser oder jener (falschen) Politik, sondern die Folge der objektiven ökonomischen Entwicklung. Den Kapitalismus zu moderieren und zu verwalten stellt den Staat heute vor andere Aufgaben als gestern.

Insofern stimmt es auch nicht, wenn Winfried Wolf auf Seite 250 schreibt »die SPD verleugnet ihre sozialen Traditionen und Wurzeln und bekennt sich seit 1998 in der praktischen Regierungspolitik zur Förderung der großen Konzerne im allgemeinen und des Fusionsfiebers im besonderen.« Die SPD heute verleugnet nicht ihre sozialen Traditionen, sie verfolgt sie schon lange nicht mehr – in dem Sinne, dass sie sich den sozialen Interessen der Bevölkerung

verschrieben hätte. Sie hat sich wie CDU/CSU/FDP/GRÜNE auch den Interessen der Unternehmer verschrieben und versucht mittels eines sozialen Mäntelchens bestimmte Wählerschichten anzusprechen. Wenn die SPD sich vor 1998 für bestimmte soziale Errungenschaften eingesetzt hat, die sie dann 1998 über Bord warf, dann ist das keine Änderung ihrer Politik, sondern nur ihre logische Anpassung an die neuen Erfordernisse der neuen kapitalistischen Zeit. Wenn der SPD und auch der CDU (ebenda, S. 250) soziale Traditionen zugesprochen werden, an die man anknüpfen könne, wo man auf »staatlichem Terrain« Einfluss nehmen könne, so wird der Bock zum Gärtner gemacht.

Der Staat ist in der Tat keineswegs passiv, sondern sehr aktiv, er ist ein Akteur im Sinne der Interessen der Unternehmer. Der alte »soziale« Kapitalismus, der Kapitalismus »mit menschlichen Antlitz« der Nachkriegsjahrzehnte ist passé, perdu, zu Staub zerfallen; er ist eine bestimmte Episode der Geschichte. Der Staat wird es sich im Traum nicht einfallen lassen, dorthin zurückzukehren, und er hat im Übrigen jede Menge zu tun, denn viele neue Aufgaben und Herausforderungen warten auf ihn, schließlich müssen »wir« uns endlich von den USA »emanzipieren«. Heute darf der deutsche Staat endlich auch die »deutschen Interessen« am Hindukusch verteidigen, so Struck von der SPD schon vor Jahren.

Der deutsche Staat muss schließlich auch komplett umgebaut werden, unter dem Motto »Fördern und Fordern« werden gerade unsere sozialen Rechte zu Kleinholz verarbeitet usw. usf. Natürlich ist es richtig und notwendig, den Staat mit unseren Forderungen zu konfrontieren. Bei der Durchsetzung der sozialen und demokratischen Rechte gibt es allerdings nur einen einzigen Akteur, das sind wir selbst, unsere Organisationen wie die Gewerkschaften oder gut organisierte Belegschaften, eine Bewegung der Erwerbslosen usw. *Und nur unser konsequenter Kampf ist die Garantie dafür, staatliche Reformen im Interesse der Bevölkerung durchsetzen zu können.* Kann eine solche Reform durchgesetzt werden, so ist der Staat damit aber noch lange nicht zum reformpolitischen Vorkämpfer mutiert.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich der Offensive des Kapitals zu widersetzen und Reformen und Verbesserungen durchzusetzen. Es sind aber nicht wir, sondern die Konzerne, die die Mehrheit der Mittel auf ihrer Seite haben und somit die entscheidenden Gestaltungsmöglichkeiten in der Hand halten. Durch die kapitalistische Logik sind sie gezwungen, so zu handeln, wie sie handeln. Der stärkere Druck – entstehend aus dem Globalisierungsprozess – bringt sie dazu, in noch härterer Gangart ihr Streben nach möglichst großem Profit zu befriedigen. Aus diesem Grund sind die gnadenlose Erpressungspolitik der internationalen Konzerne oder Kriege, die den Interessen des Großkapitals dienen sowie

das Ausspielen der KollegInnen verschiedener Nationalität unvermeidliche Folgen. Solange die gesellschaftlichen Aktivitäten den Interessen des Kapitals untergeordnet sind, lässt sich das Rad nicht zurückdrehen, sondern es wird zu einer verstärkten Ökonomisierung aller Lebensbereiche – Umwelt, Gesundheit, Bevölkerungspolitik etc. und zur Förderung von Zwangsverhältnissen aller Art kommen.

Das Eintreten für eine tatsächlich gerechte und lebenswerte Welt muss mit dem grundsätzlichen Nachdenken über die kapitalistische Realität als Ganzes einhergehen. Es ist richtig, wenn in der »Plattform der Gewerkschaftslinken« zu lesen ist: »Wir wenden uns aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen wollen wir dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.« (S. 4) GewerkschafterInnen, Linke können nicht in den Bahnen der Kapitallogik denken, sondern müssen nach gesellschaftlichen Formen suchen, bei denen die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die des Kapitals. Es ergibt sich, dass eine solche gesellschaftliche Formation ein ganz anderes Gesicht haben muß.

3.2.3 Wir müssen uns organisieren

In dem *Prozess der Globalisierung* nimmt die Frage der *betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen* eine *fundamentale* Stellung ein. Richtig ist, dass die Globalisierung auf alle Lebensbereiche starke Auswirkungen hat und haben wird; Kern und Triebkraft der Globalisierung sind die Veränderungen auf der Kapitalseite, Internationalisierung der Produktion, vermehrte Dominanz des Geldkapitals etc. Das entscheidende Spannungsverhältnis innerhalb dieses Prozesses ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. In diesem Verhältnis stehen gewaltige Veränderungen an. Daher ist die Richtung, die Stellung in betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen eine zentrale Frage.

Wir können heute sehen, dass die Gewerkschaften und auch die Mehrheit der Betriebs- und Personalräte geradezu hilflos vor der neuen Situation stehen. Woher kommt diese für die Beschäftigten so ungünstige Situation? In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war es für Belegschaftsvertreter und Gewerkschaften in den wirtschaftlich entwickeltesten Ländern wie Deutschland, Frankreich etc. relativ einfach, mittels einer moderaten, nicht konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik einen gewissen Wohlstand breiter Teile der Bevölkerung zu erzielen. Denn – ich wiederhole – die vier Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren eine Periode der relativen politischen und wirtschaftlichen Stabilität.

Als der Prozess der Globalisierung an Geschwindigkeit zunahm, markierte dies einen einschneidenden Wendepunkt. Der globale Konkurrenzkampf der

Konzerne und Banken untereinander verschärfte sich erheblich, der Druck nach möglichst hohen Profitraten nahm zu und führte zu rasanter Rationalisierung, Arbeitsverdichtung und sinkenden Lohnquoten. Jetzt werden die Schwächen der bisherigen Gewerkschaftspolitik sehr deutlich sichtbar. Unter diesen ökonomisch verschärften Bedingungen verbucht die bisherige gewerkschaftliche Politik immer mehr Niederlagen, weil den Unternehmern nicht mehr so leicht Zugeständnisse am Verhandlungstisch abgerungen werden können. Die Kapitalseite ist hart geworden, und es zeichnet sich zunehmend ab, dass wir soziale Rechte nur noch durchsetzen können, wenn auch wir eine härtere Gangart einschlagen, wenn wir kämpfen und auf der Basis von harten Kämpfen Verhandlungen mit der Unternehmensseite führen.

Natürlich modifizieren die Vertreter dieser Gewerkschaftspolitik ihre Politik. Sie müssen auf die völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen reagieren, weil die zunehmende Erfolglosigkeit ihrer bisherigen Politik und der daraus stark zugenommene Mitgliederschwund ihnen den Boden unter den eigenen Füßen wegzieht. Sie sind gezwungen, in stärkeren Maße auf die Gewerkschaftsbasis und auf Aktionen zurückzugreifen; die grundsätzliche Richtung ihrer Politik bleibt allerdings unverändert. Die Vertreter dieser Strömung zeichnen sich dadurch aus, dass sie in erster Linie auf Verhandlungen setzen. Bei dieser Gewerkschaftspolitik werden durchaus die Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis und der Belegschaften, Demonstrationen, Aktionen und auch der Streik als bewusstes Mittel eingesetzt. Aber diese Mittel werden nur sehr maßvoll, in sehr eingeschränkter Art und Weise angewandt.

Denn die Vertreter dieser Richtung sind von der Richtigkeit der Ideologie der Sozialpartnerschaft überzeugt. Sie meinen, dass Gewerkschaften und Unternehmer tatsächlich Partner sind, in dem Sinne, als dass jede Seite um Fairness, Verantwortung und einen Ausgleich der Interessen bemüht ist. In dieser Logik gedacht, können dann Unternehmer durch partnerschaftliche Gespräche, Verhandlungen und Diskussionen – unterstützt durch maßvolle Aktionen der Basis – dazu bewegt werden, einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit zu vereinbaren. Diese Überzeugung ist innerhalb der DGB-Gewerkschaften nicht nur sehr weit verbreitet, sondern diese Haltung bestimmt das Vorgehen der Gewerkschaften als Ganzes seit Jahrzehnten.

In den letzten zwei Jahrzehnten der Globalisierung erleben wir, dass die Kapitalseite die veränderte Situation äußerst bewusst wahrnimmt und darin ihre Möglichkeiten und Interessen sehr offensiv verfolgt. Kühn und offen wirft sie ihre Stärken voll in die Waagschale – Eigentum und Verfügungsrecht über die Betriebe, Standortverlagerungen, Entlassungen, Lohnsenkung, Streikbrecher,

Medienmacht, Abwälzung der Folgen ihrer Politik auf die Bevölkerung durch Verarmungspolitik á la Hartz IV.

Eine Gewerkschaftspolitik, die eine Politik der Sozialpartnerschaft, des sozialen Dialogs betreibt, bei der die Gewerkschaften das Mittel der Aktion, des Streiks als allerletztes Kampfmittel ansehen, dass sie leider »gezwungenermaßen« einsetzen müssen, kann die Stärken der Gewerkschaften – Mitgliedermassen, kreative Initiative von unten, Aktionen, Arbeitsniederlegungen – nicht voll in die Waagschale werfen. Eine solche Politik kann nur zum Zurückweichen, zum Nachgeben und letztlich zur Preisgabe von sozialen Rechten führen.

Ja, es ist zu sehen, dass diese seit Jahrzehnten betriebene Politik der Gewerkschaften in dieser Situation Schiffbruch erleidet. Lohnsenkungen, Entlassungen, Standortverlagerungen, Absenkung des Lebensstandards, Armut, Hartz IV, Verschlechterung der Gesundheitsversorgung, Rente erst mit 67 usw., das haben die letzten beiden Jahrzehnte für die Beschäftigten gebracht.

Durch die Globalisierung spitzen sich objektiv – ob wir es wollen oder nicht – die Interessenskonflikte zwischen der Unternehmensseite und den Beschäftigten zu. Welche Politik auch immer die Gewerkschaften betreiben, sie kommen um diese nackte Tatsache nicht herum und werden ihr nicht ausweichen können.

Die einzige Chance ist es, dieser Tatsache ins Auge zu sehen und den Stier direkt an den Hörnern zu packen. Die Erwerbslosen und die Beschäftigten dürfen nicht länger zurückweichen, sondern müssen nach vorn gehen: die Konflikte werden kommen und sie müssen von der Seite der Arbeit genauso offensiv und direkt ausgetragen werden wie von der Seite des Kapitals. Die Stärken der Gewerkschaften müssen in eine *gewerkschaftliche Politik der Konfliktorientierung* voll eingebracht werden. Eine solche gewerkschaftliche Politik schließt Verhandlungen, Kompromisse und Zugeständnisse mit der Unternehmensseite nicht aus, sondern ausdrücklich mit ein. Die Vertreter einer solchen Politik wissen jedoch, dass Verhandlungen nur Sinn machen, *wenn* die Aktivität von unten als Basis der Verhandlungen angesehen werden, *wenn* den Verhandlungen durch Aktionen, durch den Kampf, durch Streik Nachdruck und entscheidende Durchsetzungskraft verliehen werden. Der Motor der Gewerkschaftsbewegung – die Interessen und die Aktivität von Millionen von Menschen – muss auf Hochtouren gebracht werden. Seien wir ebenso offensiv wie das Kapital, ansonsten können wir uns nicht durchsetzen! Sagen wir nein zu faulen Kompromissen und zum Co-Management!

Die Vertreter einer solchen Politik bilden innerhalb der Gewerkschaften eine sehr kleine Strömung. Es ist richtig, für die Verbreiterung dieser innergewerkschaftlichen Richtung einzutreten. Eine solche Strömung innerhalb der Betriebe

be und Gewerkschaften hat keine Angst vor Kontrollverlust bei der gewerkschaftlichen oder betrieblichen Basis, hat keine Angst, dass bei einem bestimmten Kampf die Basis außer Kontrolle geraten könnte. Denn sie setzt auf die Basis, sie versteht die Basis nicht als zu kontrollierende Masse, die vor sich selbst zu schützen wäre, sondern sie versteht sie als entscheidende eigenständige, aktive, zentrale betriebliche und gewerkschaftliche Kraft. Sie setzt auf die massenhafte Initiative von unten und sie weiß, dass diese Aktionen und der Kampf von unten der entscheidende Weg sind, etwas zu erreichen. Natürlich können auch solcherart Aktionen in einer Niederlage enden, aber wer gar nicht erst auf das Mittel des Kampfes als Haupthebel der sozialen Auseinandersetzung setzt, wird in aller Regel sowieso verlieren.

Dasselbe gilt für die Betriebe. Eine betriebliche Politik, wo der Betriebsrat, der Personalrat *für* die Belegschaft, am Verhandlungstisch mit der Unternehmensseite für Belegschaftsbelange etwas auszuhandeln versucht, ohne die Initiative und die Kampfkraft der Belegschaft einzubeziehen, wird heute – in den Zeiten der Globalisierung – in der Regel Niederlagen erleiden und immer weiter zurückweichen müssen. Das erleben viele tagtäglich in ihrem Betrieb. Der Betriebsrat kann nur so gut sein wie die Belegschaft. Ohne aktive, kämpferische, initiative Belegschaft keine gute Betriebsratspolitik.

Wir sehen im bisherigen Prozess der Globalisierung, dass sich eine neue sehr prägende Entwicklung innerhalb der betrieblichen und gewerkschaftlichen Bewegung abzeichnet. Im Vergleich zu der relativen Ruhe der Jahrzehnte vor der Globalisierung entwickeln sich zunehmend betriebliche Auseinandersetzungen, die mehr oder minder spontan aus der Belegschaft heraus entstehen und einen wesentlich heftigeren Charakter der Auseinandersetzung zeigen. Das Hauptkennzeichen dieser Auseinandersetzungen ist nicht, dass sie im offenen Widerspruch zur jeweiligen Gewerkschaft stehen oder ohne die Unterstützung der Hauptamtlichen der Gewerkschaft stattfinden. Opel Bochum 2004 ist ein solches Beispiel.

Hauptkennzeichen dieser Kämpfe ist, dass die Kollegen vor der Auseinandersetzung an einen Punkt geraten waren, wo sie sagten, so kann es definitiv nicht weitergehen, wo sie dadurch *teilweise* außerhalb der Kontrolle ihrer jeweiligen Gewerkschaft, in Widerspruch zu der gewerkschaftlichen Hauptströmung geraten und die Gewerkschaftsapparate zum Teil nicht mehr die Akteure in diesen Auseinandersetzungen sind, sondern zu Getriebenen werden. Beispiele dafür sind der sechsmonatige Streik bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen, AEG Nürnberg oder die Auseinandersetzung bei BSH in Berlin um die drohende Schließung.

Bei solchen Auseinandersetzungen wird oft genug über die Frage diskutiert, ob die Streikenden sich denn außerhalb der Gewerkschaften stellen wollten bzw.

stellen sollten. Die gleiche Debatte – wenn auch in anderer Form – erlebten wir massiv während des GDL-Streiks in Form des Anwurfs an die Streikenden, dass sie sich außerhalb der DGB-Gewerkschaften stellen würden. Sowohl bei Gate Gourmet als auch bei den Lokomotivführern wurden Verschlechterungen aller Art viele Jahre lang hingenommen, und dann haben die Kollegen ab einem Punkt gesagt, jetzt reicht's. Solche Situationen und daraus resultierende spontane Kämpfe der ArbeiterInnen werden in Zukunft vermehrt entstehen. Sie werden damit auch zunehmend in Widerspruch zu der vorherrschenden Haltung der DGB-Gewerkschaften geraten, und Diskussionen wie eben angedeutet werden zunehmen. In solchen Auseinandersetzungen müssen die Interessen der Beschäftigten der Ausgangspunkt sein und nicht die Frage, in welcher Gewerkschaft die Kollegen sind oder ob sie mit oder ohne die Gewerkschaft kämpfen. Das ist zweitrangig.

Erstrangig und ausschlaggebend ist die Frage, wie die Beschäftigten ihre Interessen am besten durchsetzen können. Wenn in einem Arbeitskampf die Haltung der örtlichen Gewerkschaft die Durchsetzung der Belegschaftsinteressen behindert oder zu verhindern droht, dann kann sich die Belegschaft entscheiden, den für sie nützlichen Kampf weiterzuführen bzw. anders zu führen. Wenn die Forderungen der GDLer der Verbesserung der Arbeitsbedingungen dienen und die GDL-Kollegen sich dafür einsetzen, dann ist ihr Kampf richtig, auch wenn Transnet abseits steht. Auch bei Opel Bochum 2004 war die Frage, »wilder Streik« oder nicht, keine erstrangige Frage, sondern die, mit welchen Mitteln Erfolge erzielt werden konnten.

Die Rolle von spontanen Kämpfen ist in der heutigen Situation enorm wichtig; ihnen kommt sogar eine zentrale Bedeutung in den künftigen Auseinandersetzungen mit dem Kapital zu, denn die Beschäftigten können durch eigenständiges Handeln und Kämpfen den Einfluss der vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik zurückdrängen. Die spontane Haltung »Jetzt reicht's, jetzt streikt's« ist nach all den widerstandslos hingenommenen Einbußen bitter nötig und muss unbedingt unterstützt werden. Aber dies darf auf gar keinen Fall dazu führen, dass die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation und der betrieblichen Strukturen wie die der Betriebsräte und Personalaräte, des Vertrauenskörpers, übersehen wird. Gewerkschaften und Betriebsräte haben eine fundamentale Bedeutung für den Kampf gegen die Globalisierung, für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Auch wenn die Gewerkschaften sehr viele Mitglieder verloren haben, sind sie die einzigen ernsthaften Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse. Für Millionen von Beschäftigten sind die Gewerkschaften und die betrieblichen Vertretungen bei der Durchsetzung ihrer sozialen Rechte die erste Adresse, an

die sie sich wenden. Die wichtigsten aktuellen Kämpfe gingen im Wesentlichen von gewerkschaftlich organisierten KollegInnen aus. Und innerhalb der Gewerkschaften wächst allmählich der Widerstand von vielen Kolleginnen und Kollegen gegen die offizielle Politik der Gewerkschaftsführung. Das kann im Prozess der Globalisierung auch nicht anders sein und ist eine Chance, daran anzuknüpfen. Es ist nötig, gegen die vorherrschende sozialpartnerschaftliche Politik *innerhalb* der Gewerkschaften offen aufzutreten, den Widerstand der KollegInnen gegen diese Politik zu organisieren und den Einfluss der klassenkämpferischen KollegInnen auf die betrieblichen und vor allem die gewerkschaftlichen Strukturen zu vergrößern. In diesem Sinne müssen Netzwerke der konfliktorientierten Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften geschaffen oder ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich folgende Punkte hervorheben:

- offener Meinungsstreit,
- Demokratie und
- gewerkschaftliche Ausgrenzungsversuche.

Es existiert eine ganze Reihe von Strömungen innerhalb der Gewerkschaften. Es ist eine ganz normale Sache, dass zwischen ihnen ein Streit der Meinung über die verschiedenen gewerkschaftspolitischen Fragen ausgetragen wird. Jede Strömung ist überzeugt von ihren Ansichten und versucht, andere zu überzeugen und strebt so danach, sich durchzusetzen. Auch die AnhängerInnen einer konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik sollten mit ihren Ansichten nicht hinter dem Berg halten, sondern müssen diese offensiv und offen vertreten. Das schließt die *offene und öffentliche Kritik* nicht nur nicht aus, sondern sie ist im *Meinungsstreit* eine sehr notwendige Sache. Offene Kritik dient nicht der Diffamierung der jeweiligen anderen Strömung, sondern ist die Voraussetzung für demokratische und sachliche Diskussionen über die Sache; nur so können andere Menschen überzeugt werden – in der *offenen und offensiven Auseinandersetzung*.

In den Gewerkschaften ist die *demokratische Streitkultur* regelrecht ausgehöhlt worden. Es gibt viele Beispiele für Versuche seitens der Gewerkschaftenapparate, unliebsame kritische Stimmen einer Minderheit aus den Gewerkschaften hinauszudrängen. Eine konfliktorientierte Gewerkschaftsströmung muss sich für eine Kultur des offenen und öffentlichen Meinungsstreits einsetzen. Das ist die beste Grundlage, auf der andere Menschen von dieser Strömung überzeugt werden können.

Jedes gewerkschaftliche Organ – vom einfachsten innergewerkschaftlichen Organ wie Vertrauensmann/frau bis zum höchsten Organ – muss unbedingt von den jeweiligen Mitgliedern gewählt werden.

In jedem Gremium muss bei wichtigen Fragen jedes Mitglied aufgefordert werden, seine Meinung zu äußern! Egal, wie »provokativ« oder »unpassend« die Gewerkschaftsführung die Meinungsäußerung findet, jedes Mitglied soll offen und ehrlich seine Meinung vorbringen. Es ist richtig, dass nach der Diskussion alle Mitglieder abstimmen. Es ist richtig, dass dann die Aktion, die mehrheitlich beschlossen wurde, unbedingt von allen – auch von denen, die dagegen gestimmt haben – durchgeführt wird. Dieses demokratisches Vorgehen ist deswegen wichtig, weil es am erfolgreichsten ist. Die Gedanken und Ideen von allen wurden gehört und gegeneinander abgewogen. Die Gewerkschaftsmitglieder gewinnen das nötige Selbstbewusstsein und Vertrauen in die Gewerkschaften und in den Erfolg der Aktion, weil die Aktion von Anfang bis Ende in ihren Händen liegt.

Außerhalb einer Aktion (vor der Aktion, nach der Aktion) kann jeder/jede seine Meinung offen und öffentlich sagen; kein Mitglied darf wegen seiner Meinung ausgegrenzt werden! Sogar dann, wenn ein Mitglied wegen seiner politisch rechten Anschauung ausgegrenzt wird, muss gegen diese Ausgrenzung Protest angemeldet werden! Es sei denn, es handelt sich um einen organisierten Neo-Nazi.

Wen vertreten die Gewerkschaften?

Die bisherige Gewerkschaftspolitik war und ist (es), sich für Teile der Beschäftigten im besonderen Maße zuständig zu fühlen und für andere Teile weniger oder gar nicht. Die erste Generation der MigrantInnen, die Anfang der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts kam und in ausgrenzender Weise »Gast«arbeiter genannt wurde, kann davon ein Lied singen. Die Gewerkschaften fühlten sich für ihre speziellen Belange mehr oder minder überhaupt nicht zuständig, und sie mussten sich ihren Platz in den Gewerkschaften regelrecht erkämpfen. Heute noch sind sie den ArbeiterInnen deutscher Herkunft innerhalb der Gewerkschaften nicht wirklich gleichgestellt. Schon der Sprachgebrauch »Ausländerausschuss« lässt dies erkennen. Wie können Kolleginnen und Kollegen, die oftmals sogar schon seit Jahrzehnten hier leben, die nicht selten an vorderster gewerkschaftlicher Front gekämpft haben, als »Ausländer« bezeichnet werden! Immigranten sind Inländer! Ein anderes gewerkschaftliches Stiefkind sind die Erwerbslosen, die in gewerkschaftlichen Zusammenhängen nicht wirklich ernst genommen werden als besonderer und *wichtiger* Teil der gewerkschaftlichen Bewegung. Das Gleiche lässt sich über andere Gruppen sagen, wie die unteren oder sogar prekarierten Schichten der Beschäftigten oder über die Jugendlichen. Die Globalisierung bringt es aber mit sich, dass immer größere Teile der Bevölkerung marginalisiert werden. Die bisherige und heutigen Gewerkschafts-

politik, die im Wesentlichen darin besteht, die bessergestellten Teile der Arbeiterklasse, die Kernbelegschaften, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes etc. zu vertreten, wird auf diese Weise umso mehr Schiffbruch erleiden, da diese in der jetzigen Krise auf sich allein gestellt, ohne eine breite Mobilisierung aller Lohnabhängigen nicht einmal in der Lage sein werden, ihre ureigensten Interessen durchzusetzen. *Das Anliegen einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsströmung muss es sein, dass alle Beschäftigten sowie die Erwerbslosen, Senioren und Hausfrauen/-männer Teil der gewerkschaftlichen Bewegung werden. Nur wenn sich viele Menschen mit unterschiedlichster Herkunft bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen einsetzen, sich widersetzen, Widerstand leisten, kann dieser massenhafte, vielfältige Widerstand erfolgreich sein.*

Gewerkschaft als soziale Bewegung

Es ist natürlich bequemer, sich nur für die engsten gewerkschaftlichen Aufgaben einzusetzen. Aber auch hier führt uns die Globalisierung die Fehlerhaftigkeit einer solchen Gewerkschaftspolitik vor Augen, wenn zehntausende KollegInnen von Standortverlagerungen und Massenentlassungen betroffen sind und Betriebsräte in Comanagement und Standortlogik ergehen. Ohne in diesem Zusammenhang die Globalisierung zu benennen, ohne die Frage nach einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit zu stellen, können wir keine erfolgreiche gewerkschaftliche Politik machen. Aber auch Fragen wie Krieg und Frieden – in wessen Interesse? Umweltzerstörung – zu wessen Nutzen? usw. müssen wir immer wieder aus gewerkschaftspolitischer Sicht stellen. Eine richtig angelegte Gewerkschaftspolitik bedeutet, andere Politikfelder immer wieder mit einzubeziehen, ohne den Ausgangspunkt – die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit – zu verlassen. Es bedeutet, sich als Bewegung zu begreifen, die offen ist, sich mit anderen Bewegungen zusammenzutun. Sonst bleibt Gewerkschaftspolitik nicht nur eng und beschränkt, sondern auch macht- und zahnlos angesichts der gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungen.

Die Veränderungen durch die Globalisierung bringen auch große Chancen für eine neue Arbeiter- und Streikbewegung mit sich.

Produktion ist heute im höchsten Maße internationalisiert, aufeinander abgestimmt, verzahnt, vernetzt, beschleunigt und »just in time«. Diese Veränderungen bedeuten eine erhöhte und beschleunigte Anfälligkeit des Produktionskreislaufes für Unterbrechungen.

So z.B. sind die Flughäfen heute hoch vernetzte, internationalisierte, sehr empfindliche und durch Streiks störanfällige Knotenpunkte. Im Londoner Flughafen, weltweit der drittgrößte Flughafen, werden von den 70.000 Flughäfen-

beschäftigten jährlich 68 Millionen Passagiere abgefertigt, in Düsseldorf am Flughafen (drittgrößter Flughafen in Deutschland) sind es 15.000 Beschäftigte und jährlich knapp 16 Millionen Passagiere. In dem sehr aufschlussreichen Buch »Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet« des »Redaktionkollektivs Flying Picket« werden die Streiks der Beschäftigten der Flughafen-Firma Gate Gourmet in Düsseldorf und auch in London dargestellt. Letztlich aber zeigt dieses Buch anhand einer Vielzahl von Fakten, wie viele Möglichkeiten für einen Streik bei einem solchen hochmodernen Flughafen gegeben sind. So wird analysiert, dass der Flugverkehr heute – im nationalen und internationalen Maßstab – so extrem verzahnt und eng aufeinander abgestimmt ist wie nie zuvor. Die Masse an täglich abfliegenden und ankommenden Flugzeugen ist extrem groß geworden. So können gezielt eingesetzte Arbeitsunterbrechungen auch nur eines sehr kleinen Teils der »Gesamt«-Flughafenbelegschaft sehr große Wirkungen erzielen.

Das Buch beschäftigt sich mit der Firma »Gate Gourmet«, dessen ArbeiterInnen mit der Lebensmittelbestückung, dem Catering von Flügen beschäftigt sind. Da auf das Catering insbesondere bei Langstreckenflügen nicht verzichtet werden kann, und die Verzahnung und Masse des Flugverkehrs so exorbitant angestiegen sind, können auch schon kürzere Streiks bei Gate Gourmet gute Wirkungen erzielen. So ist der Londoner Flughafen eine der wichtigsten Drehscheiben des internationalen Flugverkehrs. Fehlende Lebensmittelbestückung der Flugzeuge führen in London nicht nur zum direkten Ausfall von Flügen, sondern ziehen im besonderen Maße Probleme mit internationalen Anschlussflügen nach sich. Die Wirkungen eines solchen Arbeitskampfes sind nicht nur die direkten Ausfälle, sondern die indirekten Folgen, Verspätungen, Umleitungen, Turbulenzen des internationalen Flugverkehrs. Aber auch das Potential der Düsseldorfer Gate Gourmet-Beschäftigten, die 2005/2006 sechs Monate hintereinander streikten, ist groß. An den modernen Flughäfen kann der Zeitpunkt des Streikes ein wirksames Druckmittel sein, so die Zeit der Sommerferien oder die Fußball-WM 2006 in Deutschland.

Während des Telekomstreiks 2008 geisterte durch die Presse, dass ver.di erwägen würde, den Streik so zu gestalten, dass die Kommunikation während des G8-Gipfels gestört werden könnte. Was für eine gigantische Wirkung hätte das gehabt! Wäre dann nicht die Telekom recht schnell davon »überzeugt« gewesen, den Telekom-Beschäftigten ein gutes Angebot zu unterbreiten? Dass diese Meldung nur durch die Presse geisterte und *nicht* wahrgemacht wurde, verwundert nicht. Die Gewerkschaftspolitik ist nach wie vor auf eine harte Konfrontation überhaupt nicht angelegt. In den oberen Gewerkschaftsetagen hofft man und wird weiter hoffen, darum herumzukommen.

Unabhängig davon, dass die immer weitere Verlegung des Transports von der Schiene auf LKWs ein ökologischer Wahnsinn ist, zeigt sich auch bei den Streiks der europäischen LKW-Fahrer, wie anfällig eine völlig flexibilisierte Produktion ist.

Was wäre, wenn die streikbedingte fehlende Wartung eines zentralen Rechners dazu führen würde, dass z.B. in einem Bundesland kein Geld mehr aus den Automaten käme?

Und was wäre, wenn die GDL nicht so brav gewesen wäre, und viel größere Teile des Bahnverkehrs durch Streiks zum Erliegen gekommen wären oder wenn die deutschen und französischen Bahner sich zusammengetan hätten?

Ja, dann wären die Auswirkungen doch sehr viel größer gewesen als wir uns das vielleicht vorstellen können. Denn es gibt heute so viele Abhängigkeiten und Quervernetzungen.

In diesem Zusammenhang bekommt die internationale Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften eine noch größere Bedeutung. Natürlich nicht in dem Sinne, dass angesichts der drohenden Schließung des Bochumer Werkes durch den finnischen Global Player Nokia der finnische Nokia-Betriebsrat auf einer europäischen Nokia-Betriebsrätekonferenz den deutschen Kollegen tatsächlich allen Ernstes erklärte, warum die Schließung notwendig sei.

Die Welt ist heute buchstäblich kleiner geworden. Der Austausch und die Kommunikation mit KollegInnen anderer Länder ist heute extrem schnell und einfach geworden. Die Organisation von konzertierten betrieblichen und gewerkschaftlichen internationalen Aktionen gegen die Kapitaleseite ist heute viel besser möglich. Bei Angriffen der Kapitaleseite auf unsere sozialen Rechte ergeben sich so viele Möglichkeiten, wenn wir länderübergreifend über mögliche wunde Punkte beispielsweise eines Konzerns diskutieren, dessen Produktion hochgradig international organisiert ist.

Insbesondere der EU-Raum muss genutzt werden, um europäische gemeinsame Sozialstandards und Tarifverträge durchzusetzen.

Gewerkschaften und betriebliche Vertretungen sind Sammelbecken von Menschen aller politischer Couleur und das ist auch gut so! Es ist daher ein ganz natürlicher Prozess, dass Menschen, die politisch weitere Schritte unternehmen wollen, sich in weitergehenden politischen Organisationen zusammenschließen. Aus der Sicht der Arbeit muss eine solche Organisation sich vollständig den Interessen der arbeitenden Bevölkerung verschreiben und sie als Ausgangspunkt nehmen – sei es im Bereich der Gesundheit oder bei der Umwelt. Davon ausgehend muss sie sich konsequent gegen die Interessen der Konzerne stellen und als Basis ihrer Politik die betrieblichen Auseinandersetzungen und die au-

ßerparlamentarischen Bewegungen betrachten. Keine der Parteien, die zur Wahl stehen, stellt sich diese Aufgaben. Die Grünen, die sich noch nie als »links«, sondern als »vorn« betrachteten, haben u.a. den ersten Kriegeinsatz der Bundeswehr gegen Jugoslawien und die Verarmungspolitik durch Hartz IV zu verantworten. Aber auch die Linkspartei ist keine wirkliche Wahlalternative. Dort, wo sie mitregiert, ist sie auch weitgehend den sogenannten Sachzwängen erlegen. Die soziale Kahlschlagpolitik Berlins trägt sie schon seit Jahren mit. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern entstand unter der Mitregierung der PDS bzw. Linkspartei ein besonders hartes System von Abschiebegefängnissen – ebenfalls Beispiel der Zurichtung ihrer Politik auf die Kapitallogik. Eine klassenkämpferische, politische Organisation in Deutschland steht noch aus.